

den verschiedenen Interessen der Wähler aus, die er auch für praktisch nicht ausführbar hält.

v. d. Decken vertheidigt die Vertretung nach Interessen und daß auch diese Frage sich von dem so oft angefochtenen Standpunkte der Natur aus erledigen lasse. Er wußt zu Anfang seines längeren Vortrages die einfache Frage auf, — mit welchem Rechte man die höhere Vollendung von Gesetzen oder des Staates darin finde, daß die Gesetze organische seien, oder daß der Staat ein organisches Ganze bilde, und nicht mosaikartig zusammengefügt sei, wenn uns das Verhältniß des Organischen, oder Naturwachsenen hierbei nicht als ein direktes Vorbild vorschwebt? Sollte also jene Bezeichnung mehr als eine nichtsagende und gedankenlose Phrase sein, welche zu gebrauchen jeder vor sich selbst verantworten möge, so sei es unsere Aufgabe, nicht mit dem gewohnten Stumpfsinn in der Natur bloß leere Formen zu erblicken und alle Weisheit in unserem eigenen subjektiven Denken zu finden, sondern die Natur als das zu erkennen, was sie wirklich ist, als ein Buch der Offenbarung der höchsten Wahrheiten, die ohne Widerspruch und ohne Lüge sind, wenn wir nicht durch unsere Beschränktheit die Lüge in sie hineinbringen. — Im Verlaufe seines die Sache selbst entwickelnden Vortrags gelangt der Redner zu dem bestimmten Schlusse, daß die Vollendung einer Volksvertretung nur darin zu finden sei, wenn alle selbstständig entwickelten Branches des staatlichen Lebens eine direkte Vertretung fänden, so daß die Wahl der Deputirten hiernach und nicht nach einem allgemeinen Censur stattfinden müsse. Nur so sei es möglich, dem Staate den Ausdruck eines organischen Ganzen, wie z. B. der Mensch es sei, zu geben, in welchem auch eine Vertretung der einzelnen Organe und Provinzen in den beiden Kammern des Gehirnes durch besondere Deputirten — die Nerven nämlich — stattfinde, nicht aber es den Lastnerven überlassen sei, ihre Stimme zu erheben, wenn der Magen Nahrung verlange. Nur so sei es möglich, den ganzen Staatsorganismus in einer so vollendeten Harmonie der einzelnen Theile zu einander hinzustellen, um nicht hinter der Vollenendung, die jedes seiner einzelnen Theile, jeder Mensch nämlich, hat, zu sehr zurück zu bleiben.

Klapper spricht sich gegen eine Vertretung der Sonderinteressen bei den Wahlen aus, auf das Gemeinwohl des Staates, als Zweck aller Wahlen zu Volksvertretungen fußend und entnimmt aus den praktischen Folgen, welche die Städteordnung seit 1808 geäußert, Gründe für seine Ansicht.

v. Zepper hält die Frage über das Veto von keiner erheblichen praktischen Wichtigkeit, da die Erfahrung gelehrt habe (namentlich in England) daß nur in äußerst seltenen, unerläß-

lichen Fällen von einem absoluten Veto Gebrauch gemacht worden und die Volksvertretung Mittel genug habe — namentlich für die Nichtbewilligung der Steuern ein unmotivirtes Veto unmöglich zu machen. Den Frankfurter Beschluß hält er übrigens in seiner praktischen Anwendung mit einem absoluten Veto für gleichbedeutend. Uebrigens ist er mit dem vorigen Redner, gegen eine Vertretung bei den Wahlen nach Sonderinteressen als praktisch unausführbar, dagegen aus schon früher von ihm ausführlicher gegebenen Gründen mehr für einen geringen Censur, aber direkte Wahlen.

Da nichts an der Tagesordnung, schließt der Ordner die Versammlung, nachdem noch das Ausfallen der nächsten Versammlung wegen der Festtage beschlossen worden war.

Der Vorstand.

Notiz.

Mit der Einheit Deutschlands, so wünschenswerth sie ist, steht es offenbar nicht besonders, und obwohl in den sechs Monaten, während an dieser Einheit gearbeitet wurde, unsre ohnehin geringe Hoffnung sich nicht verachtete, möchten wir sie doch nur höchst ungern ganz begraben. Achtunddreißig Herrscher konnten freilich die deutschen Stämme nicht zur Einheit verbinden, aber, achtunddreißig sogenannte Volks-Souverainetäten können es mindestens eben so wenig. Auf die Volks-Souverainetät hat sich übrigens noch niemals eine dauernde Regierung begründen lassen, und sie gar bei verschiedenen Ansprüchen der deutschen Landes-Bevölkerungen zu einer gleichartigen werden zu sehen, ist eine völlige Unmöglichkeit. Nord- und Süddeutschland haben ganz verschiedene Richtungen in dem, was sie bedürfen und verlangen, und die Forderungen des Einen stehen schnurstracks denen des Andern in vielen Dingen ganz entgegen. Deshalb ist es eben thörig, mit der allgemeinen Verfassung mehr als allgemeine Grundzüge geben zu wollen; alles Eingehen in das Einzelne müßte man den volksthümlichen Abweichungen und dem Bildungsgrade jedes Landes überlassen; sich damit bescheidend, die Freiheit und die Rechte der Menschen in kräftigen Umrissen festgestellt zu haben. Wir erleben es in Frankfurt, wir erleben es in Berlin: die Menge der Theile, die Menge der Paragraphen sacht überall Kämpfe an und bringt überall Ergebnisse, die nur Unzufriedenheit von der einen und von der andern Seite, oft von allen Seiten erwecken. Es scheint denn auch wirklich, als wolle man nicht ausgleichen und vereinen, sondern nur aufstacheln und trennen. Was hatten wir sonst, was haben wir jetzt? Sonst absolute Herrschaft der geordneten Zustände, jetzt absolute Herrschaft haltloser Theorien, die mit Schulweisheit aller Erfahrung Trotz bieten und aus mißverständener Freiheit Rechte verlegen und Gnaden ertheilen; sonst halten wir Fürsten-Schmeich-